

Estland

WIM VAN MEURS

Estland wurde 2002 von einem Übergangskabinet unter Siim Kallas (Reformpartei) regiert. Im Trend mit den Kommunalwahlen vom 20. Oktober 2002 konnten bei den Parlamentswahlen am 2. März 2003 mit nur 58% Beteiligung vor allem die konservativen Parteien zulegen. Die neue Res Publica wurde zweitgrößte Partei und stellt mit Juhan Parts den Premier der neuen zentrum-rechten Koalition mit Reformpartei und Volkunion. Neu war 2002 die Kooperation zwischen einer estnischen und einer russischen Partei (Zentrumspartei und Vereinigte Volkspartei) und die geplante Fusion Ende 2002 dreier Kleinstparteien auf ethnischer Basis zur Russischen Partei in Estland.¹

Beitritt zu EU und Nato

Das Jahr 2002 markierte für Estland mit der Mitgliedschaftseinladung der Nato und dem Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen die Erfüllung der politischen Schlüsselziele der letzten zehn Jahre. Laut Umfragen sind 57% für den EU-Beitritt, 36% dagegen.² Einzelne Parteien wie die Volkunion versuchen, mit den Verhandlungsergebnissen und Zugeständnissen Stimmung zu machen. Am 14. September 2003 wird der Beitrittsprozess mit einem Referendum abgeschlossen.

Estland verzichtete auf Übergangsfristen für die Zollbefreiung auf den Fähren (aber nicht beim Verkauf von Agrarland), wusste dagegen seine Agrarquoten aufzubessern und eine Öffnung des Energiemarktes aus triftigen Gründen auf 2009 (teilweise) und 2012 (vollständig) zu verschieben. Die Neuordnung der 247 Kommunen in größere leistungsstärkere Einheiten verläuft mühsam, ist aber notwendig, um die EU-Mittel für Regionalentwicklung abzurufen und effektiv einzusetzen.

Wirtschaft, Privatisierung und Handel

Die makroökonomischen Eckdaten und Prognosen bieten reichlich Grund für Optimismus und steigern die wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten. Das BSP-Wachstum betrug 2002 5,7%, die Inflation 2,7%. Der Staatshaushalt kannte einen Überschuss von 5,7% und das BSP pro Kopf stieg um fast 10% (ca. 40% des EU-Durchschnitts). Die Arbeitslosigkeitsrate war Anlass für einen ersten Maßnahmenkatalog für den Arbeitsmarkt. Die Handelsbilanz bleibt negativ (ca. 10% des BSP), vor allem durch die hohen Auslandsinvestitionen. Der Export ist vorwiegend auf die EU-Staaten ausgerichtet (68%), während die GUS-Staaten nicht zuletzt wegen der russischen Doppelzölle nur einen 5%-Anteil haben. Die Prognose für

2003 ist ähnlich positiv, auch bei der Arbeitslosigkeit wird einen Rückgang auf 9,0% erwartet. Die Kehrseite war das erstmalige Scheitern des sozialen Dialogs aufgrund der hohen Forderungen der Gewerkschaften und die Gefahr einer Zweiklassengesellschaft bei einer Durchschnittslohnsteigerung von 10%.³

In der Konsolidierung der Phase stehen jetzt Bildungsreform, Rentensystem und soziale Sicherung auf der Agenda. Eingehend debattiert wurde, ob eine progressive Besteuerung eingeführt wird, wie die Zentrumsparterie bevorzugt, oder ob der Einkommensteuersatz pauschal von 26% auf 20% gesenkt wird, wie von der Reformpartei und der neuen Regierung befürwortet. Das neue dreizügige Alterssicherungssystem ist erfolgreich angelaufen im Land mit der ältesten Bevölkerung Europas.

Der umstrittene Verkauf der Narvaer Kraftwerke scheiterte Anfang 2002. Die neue Regierung beschloss, dass Monopol der Muttergesellschaft Eesti Energia nicht zu zerschlagen, sondern die Umstrukturierung der Kraftwerke mitzufinanzieren und so die Elektrizitätspreissteigerung zu begrenzen. Auf einem offenen Energiemarkt wäre der Narvaer Ölschiefer nicht wettbewerbsfähig, was zu Abhängigkeit von russischem Öl oder Gas führen würde.⁴

Regionalkooperation und Minderheitenpolitik

Wirtschaftlich bleibt der Ostseeraum von überragender Bedeutung: Der Handel mit Skandinavien ist 40% des Außenhandelsvolumens, Dreiviertel der Auslandsinvestitionen kommen von dort. Ohne große politische Gesten wird die politische und wirtschaftliche Verflechtung im Ostseeraum immer dichter. Ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Lettland trägt dazu ebenso bei wie der Zusammenschluss der Börsen von Helsinki und Tallinn oder die baltische Plattform in den EU-Agrarverhandlungen. Dagegen machte Moskau die Verbesserung der bilateralen Beziehungen (d.h. Aufhebung der Doppelzölle und Ratifizierung des Grenzvertrages) von Minderheitenrechten und Einbürgerungspolitik abhängig. Gleichwohl wurden neue Grenzübergänge eröffnet und der Schiffsverkehr über den Peipussee wieder aufgenommen.⁵ Das Gesetz über das Estnische als Amtssprache in der kommunalen Selbstverwaltung sorgte ebenso für erhebliche Verstimmung zwischen Moskau und Tallinn wie die Registrierung der Russischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (wegen der damit verbundenen Restitutionsforderungen, die der Staat bereits der Estnischen Apostolischen Kirche des Konstantinopeler Patriarchats zugesprochen hatte). Im März wurde dagegen beschlossen, staatlich finanzierte Sekundarschulen in russischer Sprache über 2007 hinaus zu erlauben. Die Einbürgerungsbedingungen für die über 172.000 Nichtstaatsbürger (bei nur 4000 Einbürgerungen 2002) wurden ebenfalls diskutiert, aber nicht abgeändert.

Anmerkungen

- 1 RFE/RL Baltic States Report 3/7 (2002), 4/1 (2003).
- 2 Umfrage Emor, Nov. 2002.
- 3 HWWA Report 219 (Hamburg: HWWA, 2002), S. 13-27.

- 4 Aksel Kirch, Estonia 2002, www.ies.ee/epub/2003/EE2002.pdf.

- 5 Peipsi Center for Transboundary Cooperation, www.ctc.ee.